

Betreff: Re: [extern] Rentenreform

Von: Günter Striwe <guenter.striwe@t-online.de>

Datum: 08.07.2026, 08:37

An: "Blaudszun, Lilly" <lilly.blaudszun@spd.de>

Sehr geehrte Frau Blaudszun,

das ist echt mal eine klare Antwort!

Sie geht einher mit der Einschätzung von Herrn Schmachtenberg, der auch im politischen Raum dafür werben wollte, aber auch viele Hürden sah, die zu überwinden sind. Und Sie haben recht. Eine vergleichbare Forderung finden Sie durchaus schon mal, wenn sie dazu im Internet recherchieren. Ich bin aber in der Tat der einzige Autor, der auch eine klare Vorstellung davon hat, wie man eine solche Abgabe zur Abschöpfung der Gewinne aus der Automation, Robotik und KI rechnerisch gestalten könnte. Selbst der Autor in der FAZ, auf den ich mich eingangs meiner Ausführungen beziehe, blieb da im Unklaren.

Auch verbinde ich das ausdrücklich mit einer Reform der Unternehmensbesteuerung. Das sollte die Durchsetzung meiner Vorstellungen erleichtern. Die Krankheit der Politik besteht doch darin, dass nur wenige Politiker bereit sind, über den Tellerrand ihrer speziellen Themen hinaus nach links und rechts zu schauen. Wenn Frau Schwesig erstmals als Politikerin darauf aufmerksam macht, wie wichtig die gesetzliche Rente für einen großen Teil der Bürger ist - eben insbesondere in den Bundesländern der ehemaligen DDR - greift sie damit den Kern der Alterssicherung auf. Alles drumherum ist nur dort möglich, wo besondere Erträge anfallen. Diese nur im engen Umfeld dieser Quellen zu verteilen, so wie es Betriebsrenten gestalten, geht an der geforderten Solidarität vorbei. Und schon gar nicht sollte man Zusatzbeiträge von allen erheben, um sich in die Erträge der Kapitalmärkte einzukaufen und so auf spätere Erträge hoffen. Es ist Zeit, jetzt die Gewinne der Rationalisierung für die Sozialversicherungssysteme nutzbar zu machen. Bisher fließen sie nur in die Taschen der Shareholder; dafür werden sogar mehr und mehr Arbeitsplätze vernichtet.

Wenn Sie allerdings dieses Thema in einen Topf werfen mit weiteren Forderungen nach Ausweitung des Personenkreises, der gesetzlich zu Versicherten, wird das schwierig. So habe ich auf meiner Seite zwei Artikel verlinkt, die deutlich machen, dass das Versorgungsmodell für Beamte der einzige Wettbewerbsvorteil zur Gewinnung von qualifizierten Bewerbern für den ÖD ist und doch immer noch unterlegen ist, weil die Nettobezüge nicht mit denen in der freien Wirtschaft konkurrieren können. Das Lebens Einkommen eines Beamten erreicht erst mit dem Erreichen eines Alters von rund 80 Jahren einen Gleichstand mit einem in der freien Wirtschaft Beschäftigten gleicher Qualifikation und Verantwortung. Als ich mich für den ÖD entschieden hatte, wurde ich von meinen Klassenkameraden ausgelacht, da könne man ja nicht reich werden. Schon deshalb ist es jetzt nicht hinzunehmen, dass die bessere Versorgung kritisiert wird. Schließlich umfasst die Versorgung des Beamten auch eine Aufstockung ähnlich der Betriebsrenten. Da muss man schon alles zusammen vergleichen. Deutlich wird das an den Angestellten im ÖD, die neben ihrer Rente aus der GV noch eine Zusatzversorgung von der VBL erhalten.

Diese Ergänzungen waren mir jetzt noch einmal wichtig. Ich freue mich aber trotzdem,

dass mein von mir vor rund 15 Jahren entwickelter Vorschlag nun wieder innerhalb der SPD diskutiert werden soll. Meine Bemühungen, es zusammen mit Herrn Schmachtenberg nach vorne zu bringen, sind mit dem Regierungswechsel in einer Sackgasse gelandet. Frau Bas hat sie bis heute nicht aufgegriffen. Machen Sie Druck, es wieder aufzugreifen. Gerade für die SPD sollte aller Anlass bestehen, gezielt die Arbeiter in den Blick zu nehmen, die nicht in den Bereichen arbeiten, die sich hohe Betriebsrenten leisten können. Die Fortschritte der Automation müssen allen Arbeitenden zu Gute kommen!

Mit freundlichem Gruß

Günter Striewe

Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: Guenter.Striewe@t-online.de

Internet: www.Politik.Striewe-online.de

Am 08.07.2026 um 00:04 schrieb Blaudszun, Lilly:

Sehr geehrter Herr Striewe,

vielen Dank für Ihre E-Mail an Manuela Schwesig. Ich antworte Ihnen in ihrem Auftrag.

Sie haben Manuela Schwesigs Kernanliegen genau richtig verstanden: Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden – nicht geschwächt und durch Kapitalmarktprodukte ersetzt. Gerade in Ostdeutschland haben viele Menschen keine Betriebsrente und keine großen Ersparnisse. Für sie ist die gesetzliche Rente nicht eine von drei Säulen, sondern das Fundament. Wer daran sägt, sägt an ihrer Lebensleistung.

Ihr Vorschlag einer Wertschöpfungsabgabe setzt an einer Frage an, die tatsächlich immer drängender wird: Wenn Wertschöpfung zunehmend durch Automatisierung und KI entsteht statt durch beitragspflichtige Arbeit – wie halten wir dann die Finanzierung unserer Sozialversicherung stabil und gerecht? Dass Sie dazu nicht nur eine Forderung, sondern eine konkrete Berechnungsgrundlage vorlegen und diese bereits mit dem Bundesarbeitsministerium diskutiert haben, macht Ihren Beitrag wertvoll. Ich habe Ihre Ausführungen samt Link an die inhaltlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen weitergegeben, damit sie in unsere rentenpolitischen Überlegungen einfließen können.

Was Manuela Schwesig in der aktuellen Debatte konkret vertritt, geht in eine verwandte Richtung: Die Finanzierungsbasis der Rentenversicherung muss breiter werden. Deshalb fordert sie, auch Beamte, Selbstständige und Politiker in die gesetzliche Rente einzubeziehen. Und sie lehnt es ab, das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung zu koppeln – gerecht ist ein Modell nach Beitragsjahren, denn wer früh anfängt zu arbeiten, muss auch früher gehen können.

Ich kann Ihnen nicht versprechen, dass Ihr Modell eins zu eins Programm wird – das wäre unehrlich, und ich glaube, Sie schätzen Ehrlichkeit. Aber ich kann Ihnen versichern: Die Grundfrage, die Sie stellen, ist bei uns angekommen. Bleiben Sie dran – Bürger, die sich so gründlich einmischen, braucht die Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen aus Schwerin

Bild

Lilly Blaudszun
Leitung Kommunikation, Sprecherin der Landesvorsitzenden

SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 152 | 19053 Schwerin

E-Mail: Lilly.Blaudszun@spd.de

spd-mv.de

Von: Günter Striewe <guenter.striewe@t-online.de>
Gesendet: Sonntag, 5. Juli 2026 18:58
An: StK_BüroMinisterpräsidentin <bueroMPin@stk.mv-regierung.de>
Cc: Schwesig, Manuela <manuela.schwesig@spd-mv.de>
Betreff: [extern] Rentenreform

Externe E-Mail – Bitte öffnen Sie Anhänge und Links **nur**, wenn Sie dem Absender vertrauen.

Guten Tag Frau Schwesig,

ich habe gerade gelesen, dass Sie sich gegen die Rentenpläne wenden mit dem Argument, dass insbesondere Bürger der ehemaligen DDR wenig von einer Betriebsrente zu erwarten haben. Das ist auch aus meiner Sicht ein gewichtiges Argument, die gesetzliche Rente zu stärken.

Ich trete schon lange dafür ein, die immensen Profite aus der Robotik und jetzt noch der KI, die mit wenig Manpower erzielt werden und fast ausschließlich in die Taschen der Shareholder wandern, mit einer Wertschöpfungsabgabe zu belasten, um damit die Rentenkasse zu stärken, ganz in dem Sinn, wie es vor vielen Jahren in einem Artikel der FAZ vorgeschlagen worden war: "Roboter sollen unsere Rente zahlen".

Hier der Link zu meinen Ausführungen: <https://politik.striewe-online.de/steuern/wertschoepfungsabgabe.html>

Das ist alles direkter und erfolgreicher, als sich jetzt mit zusätzlichen Beiträgen in den Kapitalmarkt einkaufen zu wollen.

Sie finden dort auch einen umfassenden Gedankenaustausch mit dem ehemaligen Staatssekretär unter Hubertus Heil, Herrn Schmachtenberg, der leider nach dem Regierungswechsel in den Ruhestand gegangen (worden) ist. Sollten Sie ihn kennen und Kontakt zu ihm haben, sollten Sie ihn entsprechend zu Rate ziehen.

Mit freundlichem Gruß
Günter Striewe

--

Günter Striewe

Brunnenstraße 98
40764 Langenfeld

Telefon: 02173 / 14 99 49

eMail: Guenter.Striewe@t-online.de
Internet: www.Politik.Striewe-online.de